

***Podiumsdiskussion 24.3.2012, Sofia, Bulgarien:
Sozial-Ökologischer Umbau in Theorie und Praxis***

- Sabine Wils

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,
vielen Dank für die Einladung zu dieser Veranstaltung.

Mein Name ist Sabine Wils, ich bin Europaabgeordnete der Partei DIE LINKE, Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit und Stellvertreterin im Ausschuss für Transport und Fremdenverkehr. Ich bin Mitglied im Parteivorstand der LINKEN und seit 1979 Gewerkschafterin bei der ÖTV und ver.di. Ich habe Chemie studiert, habe über 8 Jahre im technischen Umweltschutz gearbeitet und war vor meiner Abgeordnetentätigkeit Personalratsvorsitzende, zuletzt bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Stadt Hamburg.

Ich bin heute hier eingeladen um Ihnen bzw. Euch etwas über den Sozial-Ökologischen Umbau zu erzählen und zu diskutieren. Bevor ich allerdings damit beginne, das linke Projekt eines sozial-ökologischen Umbaus vorzustellen, sollten wir uns folgende Fragen stellen:

Warum brauchen wir einen sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft?
Worauf ist der sozial-ökologische Umbau eine Antwort? Was kann er und was muss er leisten?

1. Krise(n)

Der Kapitalismus ist in der Krise. Aktuell spüren wir dies in Europa an der Finanz- und Wirtschaftskrise, die von der herrschenden Elite auch gerne als „Euro- oder Schuldenkrise“ betitelt wird. Die öffentliche Debatte dreht sich seit nun mehr 2 Jahren um die drohenden Staatspleiten Griechenlands, Portugals, Spaniens und Irlands. Andere Krisenerscheinungen und Probleme geraten dabei in den Hintergrund.

Ich möchte im Folgenden sechs Krisenerscheinungen ansprechen, die uns im 21. Jahrhundert beschäftigen sollten und die wir nicht isoliert voneinander betrachten können, da sie alle ihren Ursprung in der kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsweise haben.

(1) Finanz- und Wirtschaftskrise

Der Kapitalismus ist gekennzeichnet durch das Streben nach Profit. Doch das Streben nach dem höchstmöglichen Gewinn führt unausweichlich zur Ausbeutung der Natur, zur Überproduktion von Gütern und zur Spekulation mit Geld und Waren, z.B. mit Rohstoffen und Lebensmitteln.

Aus den Menschen soll immer mehr herausgeholt werden. Die Löhne werden gedrückt, der Arbeitsdruck gleichzeitig immer weiter gesteigert. Auf der europäischen Ebene wird diese Politik umgesetzt mit der EU 2020-Strategie.

In der sogenannten „Euro-Krise“ werden Milliarden öffentliches Geld in Rettungspakete gesteckt. Dieses Geld kommt nur Banken und anderen Finanzinstituten zu gute, während die Menschen in Europa unter radikalen Kürzungsprogrammen der Sozialstaaten leiden.

Dennoch hält die EU weiter an der Orientierung auf mehr „Wettbewerbsfähigkeit“ durch die Liberalisierung und Privatisierung im EU-Binnenmarkt und die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte fest.

Mit dem Fiskalpakt wird diese neoliberal-autoritäre Politik vorbei an demokratisch gewählten Institutionen verfestigt.

(2) Klimakrise

Währenddessen nimmt der Klimawandel bedrohliche Ausmaße an. Es ist mittlerweile ein Punkt erreicht, an dem die Schäden nicht mehr umkehrbar sind. Beispiele hierfür sind das Abschmelzen der Gletscher, das Auftauen der Permafrostböden der Tundra und der zunehmende Verlust des Eises in der Arktis. Wenn die Gletscher abschmelzen gibt es zuerst gefährliche Überschwemmungen, dann ist die Trinkwasserversorgung von Millionen Menschen in der betroffenen Region auf Dauer gefährdet.

Wenn das Sonnenlicht vom Eis der Arktis nicht mehr reflektiert wird und Methangas aus der Tundra austritt, wird der Klimawandel beschleunigt. Die Ziele der EU zur Reduktion der Klimagase sind bisher völlig unzureichend und kommen dem Anspruch der Klimagerechtigkeit in keinsten Weise nach. Es bahnen sich in den kommenden Jahren Millionen von Klimaflüchtlingen an, die aufgrund des Klimawandels ihre Heimat notgedrungen verlassen müssen.

(3) Energiekrise und Ressourcenkrise

Die Klimakrise ist dabei nur die Konsequenz aus einem fossilistischen Kapitalismus, der seinen Fortschritt und Wachstum aus der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der Arbeitskraft generiert. Der Höhepunkt der Ölförderung (Peak-Oil) ist dabei bereits erreicht (oder wird zumindest demnächst erreicht werden). Ein Peak-Everything wird die Zukunft sein.

Da auch die anderen fossilen Energieträger, wie Kohle und Gas voraussichtlich erheblich teurer werden, bringt die Rohstoffknappheit auch erhebliche soziale Folgen mit sich.

Doch nicht nur die fossilen Brennstoffe werden knapp, auch Trinkwasservorkommen werden ausgeschöpft und sogenannte seltene Erden, auf die sich ein Großteil unserer Technologie im 21. Jahrhundert stützt, sind immer weniger verfügbar.

Die endlichen natürlichen Ressourcen, werden mit dem Ziel der Produktivitätssteigerung und der Gewinnmaximierung sowie des kapitalistischen Wachstums ohne Rücksicht auf den lebensnotwendigen Bedarf zukünftiger Generationen und ohne Rücksicht auf die Natur abgebaut..

Die politischen und die militärischen Konflikte um die Energie- und Ressourcensicherheit nehmen weltweit zu!

Wenn wir jetzt noch davon ausgehen, das bis 2050 die Weltbevölkerung von derzeit 7 Milliarden Menschen auf über 9 Milliarden wächst und wir gleichzeitig den Anspruch haben, dass diese den annähernd gleichen materiellen Wohlstand haben sollen, wie er derzeit in den westlichen Industriestaaten vorherrscht, stehen wir vor einer riesigen Herausforderung.

(4) Biodiversitätskrise

Der Klimawandel und immer risikoreichere Methoden zur Ressourcenausbeute haben auch Auswirkungen auf das Verschwinden der Artenvielfalt. Ein Beispiel sind hier die Tiefseebohrungen, die zu der Öl-Katastrophe im Golf von Mexiko geführt haben.

Wüstenbildung, die wärmeren Weltmeere, die Abholzung der Wälder für Monokulturen in der Agrarproduktion und die Flächenversiegelungen tragen zum Aussterben der Arten bei.

Eine große Vielfalt an Arten ist für die Evolution und die Anpassung der Öko-Systeme jedoch von großer Bedeutung und ist deshalb auch die Grundlage für das Überleben von uns Menschen. Insbesondere arme Menschen in den Entwicklungsländern sind auf eine Selbstversorgung mit Lebensmitteln angewiesen. Sie benötigen intakte Fischbestände für den Fischfang, bzw. ausreichend Ackerland für die Bewirtschaftung.

(5) Ernährungskrise

Die bisher genannten Krisenerscheinungen haben deshalb auch großen Einfluss auf die weltweite Ernährungskrise.

Die Nahrungsmittelpreise sind weltweit auf Rekordhöhe gestiegen. Gründe dafür sind schlechtere Ernten auch bedingt durch den Klimawandel, die steigende Konkurrenz über Ackerflächen aufgrund der stark ansteigenden Menge an Agrotreibstoffen, aber auch die Spekulation mit Lebensmitteln an den Finanzmärkten.

Die Zahl der Hungernden liegt nach jüngsten UN-Schätzungen wieder bei über einer Milliarde Menschen.

(6) Psychokrise

Doch auch in der westlichen Welt, fordert dieses Wirtschaftssystem sein Opfer. Immer mehr Menschen leiden unter psychischen Erkrankungen, wie Depressionen, „Burn-Out“ Erscheinungen und ähnlichem. Die gesellschaftliche Spaltung zwischen „arm“ und „reich“ hinterlässt seine bleibenden Schäden.

Zusammenfassung:

Wenn wir Lösungen finden wollen, für diese Krisen, kommen wir nicht darum herum, die ökonomischen Grundlagen der Krisen zu hinterfragen. Wir dürfen dabei die vielen Krisen nicht losgelöst voneinander betrachten, sondern vielmehr als ein interdisziplinäres eng vernetztes System, wobei die Ökonomie und ihre inhärenten Widersprüche den Kristallisationspunkt der Krise darstellen.

Die zusammenhängenden Krisen des Kapitalismus sind systembedingt.

Der Kapitalismus wird charakterisiert durch das Privateigentum an Produktionsmitteln. Daraus leitet sich Profitstreben, Konkurrenz, Wettbewerb und Wachstumszwang ab, welche letzten Endes die Akkumulationsbasis des Kapitalismus selbst in Frage stellen.

Die Widersprüche der kapitalistischen Produktion wie z.B. das Dogma des unbegrenzten Wachstums bei endlichen Ressourcen und das Denken unaufhörlichen technologischen Fortschritts, welches seit der Zeit der Aufklärung tief in uns verankert ist, diese Widersprüche gilt es in einem emanzipatorischen Transformationsprozess der Ökonomie und der Gesellschaft aufzulösen. Hierfür müssen wir eine Antwort finden.

2. Antworten

Natürlich sind wir nicht die Einzigen, die Antworten auf diese Krisen finden wollen, aber wir sind die Einzigen, die diese Krisen auf den Kapitalismus zurückführen und eine grundlegende Veränderung unserer Wirtschaft und Lebensweise einfordern.

Die Grünen z.B. haben die Idee des Green New Deal (GND) entwickelt. Im Folgenden möchte ich

deshalb kurz darstellen, worum es bei dem Konzept des GND geht und warum dieses zu kurz greift, bevor ich auf den Sozial-ökologischen Umbau zu sprechen komme.

2.1 Green New Deal – Kritik

Schon der Name des Grünen Programms lässt darauf schließen worum es geht. Es wird Bezug genommen auf den sogenannten „New Deal“ der in den 30er Jahren unter US-Präsident Roosevelt der USA aus der Wirtschaftskrise verhalf. Staatliche Ausgaben für Arbeitslose, die Einführung einer Sozialhilfe und Investitionen in Infrastruktur schafften neue Jobs und sorgten für höhere Löhne.

Beim GND soll es diesmal um Investitionen in grüne Technologie und erneuerbare Energien gehen. Das soll nicht nur die ökologischen Krisen lösen, sondern gleichzeitig auch eine neue Akkumulationsbasis für den Kapitalismus schaffen, dadurch neues Wachstum generieren und grüne Jobs.

Dass genau das kapitalistische Wachstum in die ökologische Krise geführt hat und das grüne Jobs noch lange keine gerechten und gut bezahlten Jobs sind, wird bei diesem „öko-Keynsianischen-Ansatz“ bewusst übersehen.

Bei genauerer Analyse wird deutlich, dass der GND in der Umweltpolitik vor allem auf Markt-basierte Instrumente, wie den Emissionshandel, und technologische Innovation setzt. Ziel ist eine ökologische Marktwirtschaft. Der GND weist damit explizit nicht über den Kapitalismus hinaus sondern basiert auf der Hoffnung durch gesteigerte Effizienz die Ressourcen- und Klimakrise zu lösen und dem Kapitalismus einen grünen Anstrich zu verpassen.

Deshalb soll das Wirtschaftswachstum und der Ressourcenverbrauch voneinander entkoppelt werden. Während eine relative Entkopplung durch verbesserte Effizienz erreicht werden kann, also eine geringere CO₂-Intensität pro Einheit BIP, bleibt eine absolute Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch wohl unmöglich, wie mehrere Studien zeigen: z.B. „New Economics Foundation“ (NEF), Sustainable Development Commission GB, Attac).

Doch genau die absolute Entkopplung wäre nötig um die ökologische Krise aufzuhalten. Zudem wird bei der Fixierung auf unbegrenztes Wachstum sogar bei solarer Energieversorgung langfristig das Problem der Ressourcenknappheit nur auf die Fläche verlagert. Denn die Energie aus Wind und Sonne benötigt mehr Platz als die Großkraftwerke.

Ebenfalls wird nicht berücksichtigt, dass auch erneuerbare Energien seltene Erden und andere Metalle benötigen.

Die Effizienzstrategie des GND stellt also das kapitalistische Wachstum nicht in Frage, und klammert den destruktiven Charakter der kapitalistischen Produktion aus. Dabei zeigen die aktuellen Entwicklungen, dass der Kapitalismus bei dem Versuch die fossilen Energieträger zu ersetzen immer mehr auf Risikotechnologie setzt, wie Atomkraft, Tiefseebohrungen oder "Carbon Capture Storage" (CCS), welche eine ungeheure Gefahr für Mensch und Natur darstellen.

Ein integrierter Lösungsansatz der Krisen des Kapitalismus, wie wir am Anfang gesehen haben, ist ebenso nicht erkennbar.

Deshalb benötigen wir als Linke eine andere Strategie. Eine Strategie, die über den Kapitalismus hinaus weist.

2.2 Sozial-Ökologischer Umbau

Der sozial-ökologische Umbau (SÖU) ist unsere Antwort auf die neoliberale Problemlösungs-Politik der anderen Parteien. Wir setzen dem ausbeuterischen Kapitalismus einen alternativen Gesellschaftsentwurf entgegen. Wir wollen eine Transformation unserer Wirtschaft und der Gesellschaft. Diese Transformation ist als ein kontinuierlicher Prozess zu verstehen, der in die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse eingreift und das Ziel hat ein Wirtschaftsmodell zu erreichen, das sich soziale und ökologische Nachhaltigkeit zum Ziel setzt und nicht kapitalistisches Wachstum.

Der SÖU soll dabei langfristig sowohl die Art und Weise der kapitalistischen Produktion überwinden, wie auch unsere Lebensweise in soziale und ökologische Bahnen lenken.

Im Folgenden möchte ich wichtige Bestandteile und Anknüpfungspunkte für einen Sozial-ökologischen Umbau geben:

Ein Umbau der Wirtschaft sollte mit einer Schrumpfung energieintensiver Industrie beginnen und einem qualitativ-selektiven Wachstum CO₂-armer Industrie. Öffentliche Investitionen sind hier von Nöten.

Zusätzlich braucht es ordnungspolitische Maßnahmen, die die Unternehmen zur CO₂-Reduktion bewegen. Diese werden effizienter sein, als Markt-basierte Ansätze.

Energieeffizienz spielt wie beim GND auch beim SÖU eine wichtige Rolle. Hier gibt es Gemeinsamkeiten mit den Grünen. Verpflichtende Ziele für die Industrie und Investitionen in Energieeffizienz z.B. in der Gebäudewirtschaft haben hier eine große Hebelwirkung. Denn die sauberste Energie ist die, die gar nicht erst produziert wird.

In der Verkehrspolitik ist der Leitsatz weg vom individualisierten Verkehr hin zu integrierter solidarischer Mobilität mit stark ausgebautem öffentlichem Bahn-Verkehr.

Eine alternative Ressourcenpolitik muss darauf abzielen den Ressourcenverbrauch bei Produktion und Konsum drastisch zu senken. Geschlossene Stoffkreise, Wiederverwertung und Recycling sind hier besonders wichtig.

Eine Sozial-ökologische Steuerreform und eine Umverteilung von oben nach unten ist notwendig um sicher zu stellen, dass alle Menschen Zugang bekommen zu Bedürfnissen wie Mobilität und Energie, auch wenn diese aufgrund anderer ökologischer Maßnahmen teurer werden.

Eine weitere Dimension des SÖU betrifft den Arbeitsplatz. Unser Ziel ist sowohl die wöchentliche Arbeitszeit zu reduzieren als auch für gerechte Löhne und ausreichenden Arbeitsschutz einzustehen.

Der Mindestlohn und eine soziale Grundsicherung sind deshalb für die LINKE in Deutschland eine der wichtigsten Forderungen. Neue Arbeitsplätze in der nachhaltigen Wirtschaft sollen gefördert werden.

Wir brauchen auch mehr Demokratie. Vor allem in der Wirtschaft. Eine Ausweitung öffentlicher Güter ("commons"), die der kapitalistischen Profitlogik entzogen sind, wie z.B. ein kostenloser ÖPNV oder kommunale Energieunternehmen mit dem Ziel, möglichst wenig Energie zu produzieren, sind deshalb Teil eines SÖU.

Der SÖU soll dabei kein Programm von oben sein, welches den Menschen aufgesetzt wird, sondern soll die Menschen auf unserem Weg mitnehmen und Möglichkeiten für Partizipation schaffen.

Deshalb brauchen wir auch einen öffentlichen Diskurs darüber, wie wir leben wollen und wie wir uns ein gutes Leben vorstellen.

3. Sozial-ökologischer Umbau in der Praxis

Jetzt habe ich viel über Krisen und Theorie geredet. Deshalb möchte ich im letzten Teil meines Vortrags zeigen, wie eine Politik des SÖU in der Praxis angewendet werden kann. Das möchte ich vor allem an den Beispielen des Verkehrs- und Energiesektors tun.

3.1 Was will die LINKE

(1) Verkehrssektor

ökologische Implikationen

Der Verkehr in den westlichen Industriestaaten ist stark geprägt durch den fossilen Kapitalismus. Trotz des Wissens über "peak-oil" und die damit verbundenen Risiken ist Rohöl noch immer die Grundlage für Mobilität und Gütertransport.

Dadurch wachsen nicht nur die CO₂-Emissionen des Verkehrssektors stetig an - der Anteil des Verkehrs am Klimawandel beträgt in der EU 21%.- sondern die Mobilität wird aufgrund der höheren Preise für Treibstoffe auch immer teurer und schließt deshalb vor allem arme Menschen aus.

Während die Anzahl an Pkws nur langsam zunimmt, wächst vor allem der für das Klima extrem schädliche Luftverkehr mit 5% pro Jahr.

Bahn und Schifffahrt schneiden im Vergleich der Klimabilanz zwar wesentlich besser ab, sorgen aber auf andere Art und Weise für Umweltbelastungen. Ist es bei der Bahn vor allem der entstehende Lärm durch den Schienenverkehr, ist es bei der Schifffahrt das extrem schadstoffbelastete Schweröl. Der Anteil der Schifffahrt am weltweiten Schwefeldioxid- und Stickoxidausstoß liegt deshalb bei weltweit 40%.

Insgesamt wächst der Verkehr stärker als die Wirtschaft. Es findet also eine Entkoppelung statt, allerdings genau andersherum, als es sich viele Grüne wünschen. Effizienzfortschritte reichen bisher lediglich dafür aus das Wachstum des Verkehrs zu bremsen, nicht aber um Rohstoffabhängigkeit und den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren.

Die Antwort des freien Marktes auf "peak-oil" ist deshalb die Teilsubstitution von Öl als Kraftstoff durch sogenannte "Agrokraftstoffe". (*Agrokraftstoffe sind flüssige oder gasförmige Kraftstoffe, die z.B. aus Ölpflanzen, Getreide, Zuckerrüben/ -rohr oder anderen Energiehaltigen Pflanzen gewonnen werden*).

Landwirtschaftliche Nutzflächen für Agrokraftstoffe konkurrieren dabei immer mehr mit Flächen für den Anbau von Lebensmitteln. Das lässt die Preise für Grundnahrungsmittel steigen und verschärft die weltweite Ernährungskrise.

In Indonesien und Brasilien werden für den Anbau von Palmöl und Zuckerrohr massiv Urwälder

brandgerodet, dadurch wird nicht nur eine ungeheure Menge an CO₂ freigesetzt, sondern es werden auch viele Tier- und Pflanzenarten bedroht. Das wiederum führt in die Biodiversitätskrise.

Soziale Implikationen

Neben den ökologischen Auswirkungen, hat die kapitalistische Verkehrspolitik auch Auswirkungen auf die sozialen Belange und Bedürfnisse der Menschen. In den Industriestaaten wird die individualisierte Mobilität gepredigt. Insbesondere in Deutschland, dem Land der Autobauer, wird gerne ein Recht auf Auto-Mobilität konstruiert. In der Praxis ist jedoch auch der individualisierte Transport eine Klassengesellschaft.

Während ein Teil der Bevölkerung in großen Privatautos unterwegs ist, oft einhergehend mit hohem Sprit-Verbrauch, kann ein anderer Teil der Bevölkerung, so z.B. viele Arbeitslose, aber auch Rentnerinnen und Rentner sich gar kein Auto leisten.

Wiederum andere Teile der Bevölkerung lehnen es ab Auto zu fahren und nutzen die öffentlichen Verkehrsmittel.

Besonders drastisch ist die Situation auf dem Land und in Regionen mit verbreiteter Arbeitslosigkeit und großen sozialen Verwerfungen. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung leidet dort unter einer massiv eingeschränkten Mobilität. Insbesondere Menschen die aus Altersgründen auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, werden hier von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen.

Da eine solidarische Mobilität für alle Menschen kein gewinnbringendes Geschäftsmodell ist, wird kaum in den ÖPNV investiert und auch die Deutsche Bahn richtet ihre Politik dahingehend aus, dass nur dort gefahren wird, wo sich wirtschaftlicher Gewinn erzielen lässt. Wir möchten Verkehr und Mobilität deshalb neu denken.

Lösungswege und Instrumente

Öffentlicher Verkehr ist eine öffentliche Aufgabe. Dementsprechend gehören die öffentlichen Verkehrsmittel auch in öffentliches Eigentum. Unser Ziel ist eine Solidarische Mobilität für ALLE mit der geringsten möglichen Umweltbelastung. Oberstes Ziel ist die Reduktion von motorisiertem Transport und Verkehr.

Eine Mobilität für ALLE bedeutet dabei, dass Zugangsbarrieren zu diesem menschlichen Grundbedürfnis abgeschafft werden. Barrieren sind dabei zum einen physisch: also für behinderte Menschen, Eltern mit Kindern oder Radfahrer, aber auch monetär: für Menschen die sich die Nutzung bisher nicht leisten können.

Konkret bedarf es einer gezielten Strukturpolitik, die Dezentralität, Nähe und kurze Wege fördert. Eine Erhöhung der Anteile an Fußgängerwegen und Fahrradwegen und ein umfassender Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel macht das Autofahren unattraktiver. Mehr Komfort, besser abgestimmte Fahrpläne und niedrige Kosten machen den öffentlichen Verkehr attraktiver.

Darüber hinaus braucht es klare Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß, Ressourcenverbrauch und die Lärmemission von Neuwagen.

Geschwindigkeitsbeschränkungen für den Straßenverkehr sowie der Abbau finanzieller Subventionen des Straßen- und Luftverkehrs helfen dabei eine Trendwende einzuleiten.

Ähnliche Konzepte lassen sich dabei auch auf den Güterverkehr übertragen. Die Verlagerung von längeren Transporten auf die Schiene hat oberste Priorität. Insgesamt gilt es die externalisierten Kosten, also Umwelt- und Gesundheitsschäden, stärker in der Kalkulation der Preise für den Transport von Gütern zu berücksichtigen. Werden die gesellschaftlichen Kosten eingepreist - soweit möglich - werden sich lange Transportwege nicht mehr lohnen.

(2) Energiepolitik

Wie eingangs in meinem Beitrag zu der Energiekrise erwähnt sind wir in der Energiepolitik enorm abhängig von den fossilen Energiequellen. Über 80% unserer Energie beziehen wir aus Öl, Gas und Kohle. Diese endlichen Ressourcen werden dabei fortwährend knapper. Weltweit nehmen Kriege und militärische Konflikte um den Zugang zu den letzten begehrten Ressourcen zu. Viele Menschen können sich die teuren Preise für die Heizung nicht mehr leisten. Die exzessive Nutzung der fossilen Ressourcen und der damit verbundene CO₂-Ausstoß tragen maßgeblich zum Klimawandel bei.

Dass die Kernenergie keine Alternative darstellt, hat die Katastrophe in Fukushima einmal mehr vor Augen geführt. Das Festhalten am Mythos der sauberen Atomkraft ist und bleibt unverantwortbar. Aufgrund des starken außerparlamentarischen Drucks hat sich die deutsche Regierung dazu entschlossen mittelfristig aus der Atomkraft auszusteigen. Dieser Schritt ist zu begrüßen und sollte auf ganz Europa ausgedehnt werden auch wenn da noch ein langer und schwieriger Weg vor uns liegt. Ein Beispiel ist hier das Festhalten an dem EURATOM-Vertrag. Alle Mitgliedstaaten der EU zahlen Geld zur Förderung der Atomkraft, auch wenn sie selbst keine Atomkraftwerke betreiben oder aus der Atomkraft aussteigen wollen.

Lösungswege/Instrumente

Ein Umsteuern auf erneuerbare Energien als Grundlage für unsere Energieversorgung ist aus ökologischen und sozialen Gründen dringend erforderlich. Eine solare solidarische Energieversorgung ist das Ziel der LINKEN.

Die dezentralen Strukturen der erneuerbaren Energien passen dabei nicht in das Konzept der Energiekonzerne, die auf Strukturen mit zentralen Großkraftwerken setzen. Die kurzfristigen Profitinteressen der Energie-Monopole stehen langfristigen Investitionen im Weg. Wir wollen deshalb eine Rekommunalisierung der Energieversorgung.

Das Ziel ist eine dezentrale Energieversorgung zu gewährleisten, die nicht nur aus erneuerbaren Energien besteht, sondern auch für alle Menschen bezahlbar ist. Die kommunale Steuerung sichert dabei auch die demokratische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger. Zurzeit sehen wir, dass viele Kommunen in Deutschland sich diesem Beispiel annehmen und versuchen die lokale Energieinfrastruktur zurück zu kaufen. Diese Entwicklung unterstützen wir.

Neben Investitionen in regenerative Energiequellen ist eine fortschrittliche Netzinfrastuktur wichtig. Um den Ausbau und die Umrüstung auf die erneuerbaren Energien möglichst effizient umzusetzen, müssen wir die die Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand zurück bringen. Das Strom- und das Gasnetz bilden als Infrastruktur für die leitungsgebundene Energieversorgung ein natürliches Monopol. Wettbewerb durch konkurrierende Netze ist weder ökonomisch noch technisch sinnvoll. Auch eine vollständige eigentumsrechtliche Entflechtung kann den Charakter der Netze als natürliches Monopol nicht auflösen. Es bedarf daher einer direkten gesellschaftlichen Kontrolle der Netze, um Preismissbrauch zu verhindern und eine zukunftsgerechte Ausrichtung der Energieversorgung sicherzustellen. Dieses Ziel ist nur durch eine Vergesellschaftung der Strom- und

Gasnetze zu erreichen.

Um zu gewährleisten, dass alle Menschen Zugang zu Energie haben ist zudem eine verstärkte Preisaufsicht für die Strom- und Gasnetze dringend erforderlich.

Extraprofite, die die Stromkonzerne aus dem Emissionshandel abschöpft haben, müssen über eine Steuer an die Menschen zurückgegeben werden. Bis mindestens 2012 werden die im Rahmen des Emissionshandels vergebenen Emissionsrechte aufgrund von EU-Vorgaben zum größten Teil kostenlos an Stromversorger und energieintensive Industrie vergeben. Durch die Einpreisung dieser Emissionsrechte in den Strompreis kassieren die Stromkonzerne jährliche Extraprofite in Milliardenhöhe auf Kosten privater Haushalte und Unternehmen. Außerdem wird das eigentliche Ziel des Emissionshandels tendenziell ins Gegenteil verkehrt: Statt saubere Energieerzeugung oder emissionsärmere Gaskraftwerke voranzutreiben, werden klimaschädliche Kohlekraftwerke geplant.

Dennoch lassen sich auch Fortschritte feststellen, die vor allem für mich als Gewerkschafterin von großer Bedeutung sind.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland hat sich eine heimische Industrie entwickelt, deren wirtschaftliche Bedeutung kontinuierlich zunimmt. Die Bruttobeschäftigung 2010, die aus den Umsätzen der Herstellung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien resultiert, beträgt etwa 234.100 Personen und ist damit gegenüber 2009 um 12 % gestiegen. Insgesamt weist die Bruttobeschäftigung, die den erneuerbaren Energien zugeordnet werden kann, für das Jahr 2010 rund 367.400 Personen auf und liegt damit um 8 % über dem Vorjahreswert.

Insgesamt sind in Europa bisher ca. 20 Millionen „Grüne Jobs“ entstanden und es werden zukünftig immer mehr.

3.2 Perspektiven für Bulgarien

Für Bulgarien und damit auch für die Linke in Bulgarien sieht die Situation natürlich im Vergleich zu Deutschland anders aus. Deswegen möchte ich jetzt versuchen, gemeinsam mit euch zu überlegen, wie wir den SÖU auch in Bulgarien umsetzen können.

Mein Praktikant in Brüssel hat sich für heute deshalb in die Situation des bulgarischen Energie- und Verkehrssektors eingeleitet. Die Daten, die wir in Brüssel erhalten, sind allerdings nicht immer stimmig, weshalb ihr mich unbedingt korrigieren müsst, wenn ich etwas Falsches erzähle.

(1) Verkehrssektor

Im Europäischen Vergleich ist die Dichte an Straßen in Bulgarien zwar über den EU Durchschnitt, die Dichte an Autobahnen allerdings weit darunter. Bulgarien hat 3 km² Autobahnen / 1000 km², in der EU 25 sind es 14 km² Autobahnen / 1000km² (Zahlen von 2004). Viele Straßen sind zudem in schlechtem Zustand und seit 20 Jahren nicht erneuert worden.

Nur jeder 4. Mensch in Bulgarien besitzt ein Auto. Im EU Durchschnitt sind es fast doppelt so viele.

Die Situation der Bahnstrecken ist vergleichsweise schlecht. Zwar gibt es eine große Anzahl an Strecken, über dem EU Durchschnitt, allerdings sind viele über 50 Jahre alt und nicht gewartet.

Die Eisenbahnverbindung in die Nachbarländer Griechenland, Türkei und Rumänien ist schlecht bis nicht existent. Dementsprechend ist die Anzahl der Passagiere stark rückläufig. Gleiches trifft auf den Gütertransport zu.

Der Öffentliche Nahverkehr in Bulgarien steht noch in den Startlöchern. Am weitesten verbreitet sind Busse. Straßenbahnen und U-Bahnen gibt es selten, U-Bahnen nur in Sofia. Durch schlechte Preispolitik wird außerdem ein großer Teil der Menschen vom öffentlichen Verkehr ausgeschlossen.

Für die Menschen in Bulgarien bedeutet das, dass ihnen aus zwei Gründen Mobilität verwehrt bleibt: (1) aufgrund von schlechter Infrastruktur und (2) aufgrund zu hoher Preise.

Für eine Linke gibt es also eine Menge Baustellen, aber dadurch auch die Chance, bei anstehenden Investitionen, diese gleich in die richtigen Bahnen zu lenken und nicht den Fehler wie Deutschland zu begehen und stark auf individuellen Verkehr und Transport zu setzen.

(2) Energiesektor

Der bulgarische Energiesektor ist wie die meisten der EU-Länder stark abhängig von den fossilen Brennstoffen. Einher geht auch eine große Abhängigkeit von Importen, z.B. russisches Gas. Bulgarien setzt auch weiterhin noch verstärkt auf die Atomkraft.

Atomenergie

Derzeit sind in Bulgarien zwei Reaktoren am Netz. Diese produzieren ca. 35% des Stroms in Bulgarien. Zwei alte Reaktoren, die noch vor wenigen Jahren am Netz waren, wurden Ende 2006 runtergefahren aufgrund von langer Laufzeit und Sicherheitsbedenken seitens der EU. (*Quelle: World Nuclear Association, Dez. 2011*)

Im Norden des Landes, in der Stadt Belena, befindet sich seit 2008 ein neues „russisches“ Atomkraftwerk im Bau. RWE bewarb sich zunächst als Investor für das Projekt und plante Investitionen von bis zu 4 Milliarden EUR ein. Als die Kosten in die Höhe schnellten und sich abzeichnete, dass diese 10 Milliarden übersteigen würden, zog sich RWE 2009 als Investor zurück. Derzeit liegt der Bau still, da neue Investoren gesucht werden. Der Bau des neuen Kraftwerks wird unterdessen scharf kritisiert.

Greenpeace kritisiert den Bau des Kraftwerks wie folgt: „Nur zwölf Kilometer vom geplanten Kraftwerk entfernt ereignete sich 1977 das letzte große Erdbeben. 120 Menschen starben. Die deutsche Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover rechnet in der Region weiterhin mit Erdbeben der Stärke 7,5 bis 8,5 auf der Richterskala.“

http://www.greenpeace.de/themen/atomkraft/nachrichten/artikel/rwe_russisches_roulette_in_belene

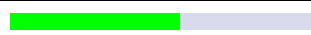

Erneuerbare Energien

Das erneuerbare Energien-Ziel Bulgariens bis 2020 ist 16%.

Derzeit machen die erneuerbaren Energien ca. 9% aus. Diese Energie wird vor allem aus der Wasserkraft gewonnen. Es gibt in Bulgarien aber durchaus Potential für Wind- und Wasserkraft. Ob Bulgarien das 2020 Ziel einhalten kann, ist fraglich.

CO₂-Emissions

Obwohl Bulgarien im EU-Vergleich einen sehr intensiven Ressourcenverbrauch hat, wird das Kyoto Ziel zur Treibhausgasreduktion klar erfüllt. Allerdings kann dies vor allem auf den Rückbau großer Teile der bulgarischen Industrie zurückgeführt werden.

EU-countries	2004	2008	Kyoto Target (2020)	Progress
BULGARIA	68.9 Mt CO ₂ - eq	73.5 Mt CO ₂ - eq	127.3 Mt CO ₂ - eq	 42.26 %
GERMANY	1025 Mt CO ₂ - eq	958.1 Mt CO ₂ - eq	972.9 Mt CO ₂ - eq	 1.52 %

Insgesamt lässt sich festhalten, dass Bulgarien ein noch starkes Potential für die Entwicklung von erneuerbaren Energien hat. Investitionen in Infrastruktur und grüne Technologie können dabei auch neue Jobs schaffen. Allerdings muss unbedingt sicher gestellt werden, dass alle Menschen Zugang bekommen zu ausreichend Energie. Hierfür müssen die sozialen Missstände beseitigt werden. Wobei auch die EU eine wichtigere Rolle bei der Finanzierung strukturschwacher Regionen spielen muss.

(3) Lebensbedingungen Fakten

- 21% der Menschen in Bulgarien sind Armutsgefährdet (Quelle: EUROSTAT, 2008); Armutsschwelle = 2 800 KKS (Kaufparitäten, Preisbereinigt)
- 34% der Menschen in Bulgarien können es sich nicht leisten, ihre Wohnung ausreichend zu heizen (Quelle: EUROSTAT, 2008)
- BIP pro Kopf in "Severozopaden" in Bulgarien ist nur 26% vom EU Durchschnitt wohingegen das BIP pro Kopf von "Inner London" in Großbritannien bei 338% des EU Durchschnitts liegt

Appendix: Table: Realpolitik for a Social-Ecological Transformation

Social-Ecological Transformation

State	Technology And Infrastructure	<ul style="list-style-type: none"> - Fossil-based energy - Unlimited growth - Individualised transport - Private profit-orientated investment - Market-based solutions for emission reduction 	<ul style="list-style-type: none"> - Solar-based energy - Degrowth of energy intensive industry and qualitative, selective growth of low-carbon industry - Public transport - Public investment (e.g. in energy efficiency and sufficiency) - Standards and limits for resource extraction and consumption
	Social-ecological tax reform	<ul style="list-style-type: none"> - Accumulation of wealth 	<ul style="list-style-type: none"> - Rredistribution of wealth (e.g. rise in: income tax, property and capital tax, inheritance tax)
	Global Policy	<ul style="list-style-type: none"> - Liberalisation and Deregulation of trade and financial markets - Armament - Neo-colonialism 	<ul style="list-style-type: none"> - Regulation and limitation - Anti-war policy, demilitarisation of International Relations - Debt relief and technology transfer
	Working sphere	<ul style="list-style-type: none"> - Decrease of wages - Subcontracted labour - Unemployment 	<ul style="list-style-type: none"> - Minimum wage - Increase in social security - Cut in working hours
Individual and Society	Establishment of the Commons	<ul style="list-style-type: none"> - Privatisation - Extension on private property 	<ul style="list-style-type: none"> - Democratisation of the economy - Extension on public and communal property - Demonetarisation
	Discursive dimensions	<ul style="list-style-type: none"> - Consumerism - Belief that progress = growth 	<ul style="list-style-type: none"> - Strengthen immaterial wants and needs - New discourse about what defines a good life – (e.g. "buen vivir")

Source: Malte Fiedler. *Solutions to the Ecological Crisis - Green Capitalism or Social-Ecological Transformation?* TU Dresden, 2011.